FAMILIENPOLITIK

Kinderland ist abgebrannt

Die Regierung von Angela Merkel hält sich zugute, beherzter als ihre Vorgänger gegen die Geburtenarmut vorgegangen zu sein. Doch trotz der Milliarden für Elterngeld und Vätermonate ist Deutschland das kinderärmste Land Europas. Stößt Politik im sehr Privaten an ihre Grenzen?

Der Mann geht voran, er ist gutgekleidet, irgendwo zwischen schick und lässig, weißes Hemd, dunkles Sakko, in der linken Hand hält er das Henkelkörbchen, in dem moderne Eltern ihr Kind transportieren. Sein Blick ruht auf dem Säugling.

Die Frau geht gleich dahinter, den Blick auf die Straße gesenkt. Sie sieht aus, wie Frauen aussehen, die gerade Mutter geworden sind. Müdigkeit und Entrückung mischen sich zu einem einzigartigen Gesichtsausdruck.

Das Foto zeigt die neue Mutter der Nation, Familienministerin Kristina Schröder, wie sie mit ihrem Mann Ole und Tochter Lotte Marie das Krankenhaus verlässt. Sie ist die erste Bundesministerin, die im Amt schwanger wurde und ihr Kind bekam.

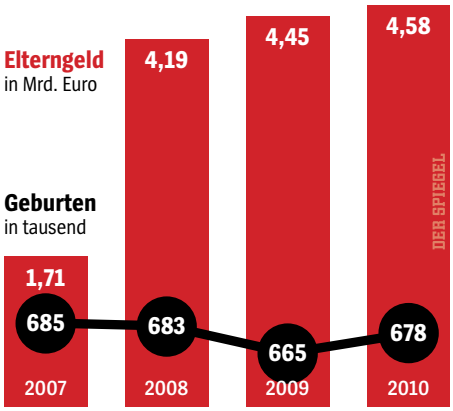
Es ist das bislang einzige Bild von Schröder als Mutter, es hat eine wichtige Botschaft: Seht her, hier kehren zwei glückliche junge Menschen als Familie nach Hause zurück – und bei der Ministerin und ihrem Mann, dem Parlamentarischen Staatssekretär, sieht das nicht anders aus als bei einer Krankenschwester und ihrem Mann, einem Installateur. Jede Frau kann Kinder kriegen, auch die Ministerin, mit 70-Stunden-Woche und medialer Dauerbeobachtung.

Es ist eine wichtige Botschaft in einem Land, in dem immer weniger Kinder geboren werden – trotz aller Anstrengungen. Seit Jahren mühen sich Regierungen ab, die Deutschen zu animieren, mehr Kinder zu bekommen. Die von Angela Merkel mehr noch als frühere. Sie erfand das Elterngeld und den Rechtsanspruch auf Krippenplätze. Allein das Elterngeld kostete bisher fast 15 Milliarden Euro. Doch sosehr der Staat mit Geld nach dem Problem wirft, es will nicht weichen.

Deutschland ist das kinderärmste Land in Europa, das hat das Statistische Bundesamt vergangene Woche festgestellt. In den vergangenen zehn Jahren sank die Zahl der unter 18-Jährigen um 2,1 Millionen. Während im Jahr 2000 noch 18,8 Prozent der Bevölkerung minderjährig waren, waren es 2010 nur noch 16,5 Prozent.

„Dieser rückläufige Trend wird sich fortsetzen“, sagt Roderich Egeler, Präsident des Statistischen Bundesamts. Ursula von der Leyen, die Elterngeld-Reformerin, hatte sich das ganz anders vorgestellt. Doch nichts scheint zu wirken, und während sich dieser Befund immer wieder neu bestätigt, wird eine Frage drängender: Woran liegt es? Ist es die fehlende Infrastruktur, fehlen also Betreuungsplätze? Liegt es an den Bedingungen am Arbeitsplatz? Am Geld? Oder geht es doch um etwas, das politisch nicht so leicht zu fassen ist, um ein Klima, eine Atmosphäre im Land?

Viel Geld für nichts



Quellen: BMF, Statistisches Bundesamt

DANIEL ROLAND / AFP

Parteifreundinnen Merkel, Schröder
„Ich will kein Leitbild vorleben“

Joy Denalane, 38, ist Sängerin, und sie ist Mutter zweier Kinder. Ihr Mann Max Herre ist ebenfalls Sänger, entsprechend viel sind die beiden unterwegs, was alles andere als familienfreundlich ist. Sie sind auf Betreuungsplätze angewiesen, wollen sie ihre Karrieren weiter verfolgen.

„Die drei Jahre, die ich anfangs als Mutter in Baden-Württemberg gelebt habe, waren schockierend“, sagt Denalane. Betreuungsmöglichkeiten habe es nur bis zwölf Uhr gegeben, mit Glück noch einmal zwei Stunden am Nachmittag. „Das ist einfach völlig unzureichend für eine berufstätige Mutter. Selbst mit einem Partner, der mithilft.“

Noch immer gibt es in Deutschland einen eklatanten Mangel an Betreuungsangeboten wie Ganztagskindergärten und Krippen. Und das, obwohl vom 1. August 2013 an jedes Kleinkind einen gesetzlichen Anspruch darauf haben soll. 750 000 Betreuungsplätze soll es in Deutschland bis zu diesem Stichtag geben – dafür fehlen noch 280 000 Plätze.

Die vier Milliarden Euro, die der Bund für Kommunen und Länder bereitstellt, sind schon zu großen Teilen aufgebraucht – und die Stimmung bei den Verantwortlichen ist nur noch mäßig gut.

„Die Finanzierung in den Ländern bleibt zum Teil unklar“, beschwert sich Schröders Staatssekretär Josef Hecken in einem Brief an die Vorsitzende der Familienministerkonferenz, Ute Schäfer. Zudem seien die Länder bei der Beteiligung an den Kosten „vielerorts hinter den vereinbarten Zielen zurückgeblieben“. Deshalb wolle man nun ein „Investitionsmonitoring“ einrichten, in dem die Landesregierungen „detaillierte Angaben“ über die Verwendung der Bundesmittel machen sollen. Besonders ärgert sich Schröder über Baden-Württemberg, Bremen und Niedersachsen. Hier stockt sowohl der Ausbau als auch der Finanzplan.

Die Betreuung ist eine Ursache des großen Problems Kindermangel. Aber das erklärt nicht alles. Es geht auch um das, was viele Mütter am Arbeitsplatz erleben. Unternehmer und Personalmanager reden auf Verbandstagen oder Fachkongressen gern von „Work-Life-Balance“, es gibt Preise für „familienfreundliche Unternehmen“. Doch wie sieht es in der Praxis aus?

Cornelia Dahlke, Beraterin in einem Luftfahrtunternehmen, hat diese Praxis so erlebt: „Man hätte es ja auch bei einem Kind belassen können“, knurrte ihr Chef, als sie zum zweiten Mal Nachwuchs erwartete. Beim ersten Kind hatte der Vorwurf noch gelautet: „Die Guten werden eh immer schwanger.“

Flexible Arbeitszeiten und moralische Unterstützung hatte ihr Arbeitgeber ver-

OLAF BALLNUS / DER SPIEGEL

„Das Geld ist immer knapp“

Anne Berlin, 29, Altenpflegerin

ARMIN BROSCH / DER SPIEGEL

„Eine wunderbare Karriere als Hausfrau und Mutter“

Marie Theres Kroetz-Relin, 45, Schauspielerin

WEYER & GRILL STUDIOS

„Es gab einfach keine Balance“

Astrid Schulte, 45, Geschäftsführerin

BORIS TRENKEL / ROBA PRESS

„Es geht hier ja nicht nur um mich“

Tina Ruland, 44, Schauspielerin

KOMMENTAR

Ein Urteil, zu modern für die Gegenwart

Von Britta Sandberg

Es gibt viele Frauen in Deutschland, die von einem Land träumen, in dem das in der vergangenen Woche veröffentlichte Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) eine Selbstverständlichkeit wäre.

Von einer Republik, in der eine kostenlose, qualifizierte und den Arbeitszeiten des 21. Jahrhunderts angepasste Kinderbetreuung Normalität ist. In der Kindermädchen und Kinderbetreuungskosten in großem Umfang von der Steuer absetzbar sind. In der es flächendeckend Ganztagsschulen gibt. Sie träumen von einer Arbeitswelt, in der sie kurz nach der Geburt Schritt für Schritt wieder in ihren Beruf einsteigen können. Ach ja, und von Männern, die all das fördern und unterstützen.

Dann wachen sie auf und finden sich in der Republik des Ehegattensplittings und des Familienmodells „Meine Frau und ich haben beschlossen, dass sie in den ersten Jahren bei den Kindern bleibt“ wieder. Also mitten in den fünfziger Jahren.

Viele Väter, aber auch Mütter fügen dann noch ein „Wir sind wirklich froh, dass wir uns das leisten können“ hinzu. Ohne zu merken, dass das nicht mehr stimmt, zumindest nicht, wenn man das neueste BGH-Urteil zum Unterhaltsrecht ernst nimmt.

Es ist ein Urteil, das aus der Zukunft kommt und deshalb seiner Zeit voraus ist. Auf Grundlage der Unterhaltsrechtsreform von 2008 fordert es den Grundsatz ein, dass alleinerziehende Geschiedene ganztags arbeiten, sobald das Kind drei Jahre alt ist. Im vorliegenden Fall wird der Mutter einer Drittklässlerin abverlangt, aus ihrer bisherigen Halbtagstätigkeit in eine Vollzeitbeschäftigung zu wechseln, sollte sie nicht noch gewichtige Gründe dagegen einbringen können. Dagegen ist im Prinzip nichts zu sagen.

Nur steht die deutsche Wirklichkeit dagegen, die fehlenden Ganztagsschulen, die fehlenden Betreuungsmöglichkeiten, die fehlende gesellschaftliche Akzeptanz, das Nebeneinander verschiedener Gesellschaftsentwürfe in ein und demselben Land.

Denn noch leben wir im Land des Müttermythos, in dem ab dem Jahr 2013 – 2013! – jenen Frauen, die zu Hause bleiben, um sich um ihre Kleinkinder zu kümmern, ein monatliches Betreuungsgeld gezahlt werden soll. Noch favorisiert eine politische Lobby das klassische Versorgermodell. Noch werden Frauen, die kurz nach der Geburt wieder arbeiten gehen, zu oft als karriereversessene und irgendwie minderwertige Mütter angesehen.Und das Kind? „Das arme Kind!“

Nicht die Gesellschaft verlangt den Wandel, ein Gericht tut es, strenger, als es deutsche Familienpolitik je vermochte.

RONALD FROMMANN

Nun fordern Bundesrichter das genaue Gegenteil und klagen auf der Grundlage des geltenden Gesetzes die Moderne ein. Nicht die Gesellschaft verlangt den Wandel, ein Gericht tut es und ist dabei strenger und fordernder, als es Familienpolitik in Deutschland je vermochte.

Denn mit diesem wie mit vorherigen Urteilen zum Unterhaltsrecht vollzieht sich eine stille Revolution, die Abkehr von der sehr deutschen „Die Mutter bleibt besser beim Kind“-Philosophie.

Männer, die sich jetzt wieder über sinkende Unterhaltskosten für ihre nicht arbeitenden Ex-Gattinnen freuen, haben nicht verstanden, dass die Bundesrichter gerade ihr Lebensmodell in Frage stellen.

Jede verantwortungsbewusste Frau und Mutter aber, die dieses Urteil ernst nimmt, muss sich von nun an weigern, ihrem durch die Welt reisenden Managergatten zu folgen und die eigene Karriere hintanzustellen. Jede Mittelständlergattin muss es von nun an vehement ablehnen, sich neben den Kindern um die Buchhaltung des Familienbetriebs zu kümmern anstatt um den eigenen Job. Jede Drogeriefachverkäuferin muss nach der Geburt auf baldige Rückkehr an ihren Arbeitsplatz drängen.

Das aber setzt voraus, dass Ehemänner bei dieser stillen Revolution mitmachen und ihren Part bei der Kinderbetreuung übernehmen. Dass Unternehmer und Arbeitgeber familienfreundliche Arbeitsbedingungen schaffen. Und sehr viel mehr als die bisherigen 26,9 Prozent deutscher Schüler auf Ganztagsschulen gehen können.

Nichts spricht gegen die Moderne, das Gericht hat die Hinwendung zu ihr gerade erneut angemahnt. Dabei wäre es Aufgabe von Politik und Unternehmen, die Frauen aus dem derzeitigen Dilemma zu befreien, die Kluft zwischen dem Fünfziger-Jahre-Modell und einem moderneren Gesellschaftsentwurf zu schließen, das Ehegattensplitting endlich zu entsorgen.

Dann, und nur dann wären es nicht mehr die Mütter, die die Schräglage zwischen legislativem Anspruch und der Realität aushalten müssen.

sprochen. Die Realität sah anders aus. Zwar bekam sie den gewünschten Teilzeitvertrag über 30 Wochenstunden, doch zugleich legte das Schriftstück fest, dass die Einsatzzeiten den „betrieblichen Erfordernissen“ angepasst werden könnten. Sie unterschrieb dennoch.

Nachdem sie im Büro gebeichtet hatte, dass sie bald ein zweites Kind erwarte, verwandelten sich die Klagen ihres Chefs in Taten. Er strich eine in Aussicht gestellte Gehaltserhöhung, ihre Ansprüche auf Beförderung wurden ignoriert.

Ganz so hart traf es Vera Meyer, 40, nicht, doch auch die Mutter zweier Kinder klagt über mangelnde Unterstützung am Arbeitsplatz. Sie arbeitet seit mehr als zehn Jahren auf dem Berliner Großmarkt im Verkauf, für die Kinder hat sie nach der Elternzeit reduziert. „Eigentlich habe ich damals damit gerechnet, entlassen zu werden“, sagt sie. Das war nicht der Fall, aber die Akzeptanz der Kollegen empfindet Meyer als gering. „Ich bin doch kein halber Mensch, nur weil ich halbtags arbeite. Ich erwarte mehr Respekt für diesen 24-Stunden-Job.“

Für Führungskräfte ist die Sache oft noch schwieriger, sie arbeiten in der Regel deutlich mehr – aber sie haben es auch oft einfacher, die Bedingungen selbst zu bestimmen, unter denen sie Familie und Beruf vereinbaren können.

Astrid Schulte, 45, Geschäftsführerin, drei Töchter, verheiratet, getrennt lebend, hatte eine erfolgreiche Marketingkarriere mit Stationen bei Cartier und Roland Berger hinter sich. Sie hätte zufrieden sein können. Doch als sie Mitte 30 war und bis zu 80 Stunden in der Woche arbeitete, erkannte sie, dass etwas fehlte.

„Es gab einfach keine Balance in meinem Leben“, sagt Schulte über ihre damalige Situation. Sie wurde schwanger und traf auf Bellybutton, eine Firma mit Produkten für Schwangere. Heute ist sie Geschäftsführerin des Unternehmens, dessen Umstandsmode auch Kristina Schröder trug.

Die ersten Jahre beschreibt sie so: „Die Kinder haben teilweise unter meinem Schreibtisch geschlafen.“ Wenn man keinen Chef hat, der so etwas untersagt, dann geht es eben auch mal so.

Andrea Nahles, 41, hat zwar einen Chef, aber es lag weniger an ihm, dass die SPD-Generalsekretärin schon zwei Monate nach der Geburt ihrer Tochter Ella Maria erstmals wieder öffentlich auftrat. Mehr Zeit wollte sie sich nicht geben. Solange ein Politiker nicht öffentlich auftritt, existiert er praktisch nicht.

AXEL SCHMIDT / DAPD / DDP IMAGES

SPD-Frau Nahles: *„Mein Job weckt Begehrlichkeiten“*

Bevor Nahles ihre Tochter zur Welt brachte, gab sie der „Brigitte“ ein Interview, darin sagte sie: „Mein Job ist einer, der Begehrlichkeiten weckt.“ Es gebe einige, von denen sie wisse: „Bei der ersten Gelegenheit, in der es schwierig wird, kann ich mit deren Solidarität nicht rechnen.“ Damit, das sagte sie noch, meinte sie auch ihre Parteifreunde.

Die fanden das maßlos übertrieben, doch immerhin muss Nahles sich solche Sorgen jetzt nicht mehr machen – dank ihres Mannes, der sich in Nahles’ Heimatort in der Eifel die meiste Zeit um das Kind kümmert. Der Kunsthistoriker hat seine Arbeitszeit stark reduziert, er übernimmt an Betreuung das, was Nahles nicht leisten kann.

Dafür allerdings muss man erst einmal den richtigen Partner finden. Und spätestens darauf hat die Politik keinen Einfluss.

MAURICE WEISS / DER SPIEGEL

„Ich erwarte mehr Respekt“

Vera Meyer, 40, Verkäuferin auf dem Großmarkt

Beim Geld hat der Staat Einfluss. Doch auch hier sieht es nicht sonderlich gut aus. Noch immer fragen sich viele Menschen, ob sie sich ein Kind leisten können – denn es bedeutet Abstriche, zumindest für die allermeisten.

Gerade erst hat der Bundesgerichtshof bestätigt, dass Alleinerziehende nur im Ausnahmefall Anspruch auf Unterhaltszahlungen haben. Sobald das Kind drei Jahre alt ist, müssen Geschiedene im Grundsatz Vollzeit arbeiten (siehe Kommentar).

Anne Berlin, 29, arbeitet als Teamleiterin bei einem privaten Pflegedienst in Hamburg, ihr Mann ist Rettungssanitäter. Die beiden haben einen Sohn, Kyle, er ist eineinhalb Jahre alt.

Ein Jahr lang hat Anne Berlin zu Hause mit ihrem Kind verbracht, seit einigen Wochen ist sie zurück im Job. Es sei eine schöne Zeit gewesen, aber „das Elterngeld hat vorne und hinten nicht gereicht“, sagt sie. An weiteren Zuwachs sei im Moment nicht zu denken. „Das Geld ist immer knapp“, sagt sie.

Auch die Schauspielerin Tina Ruland sieht beim Thema Elterngeld vor allem Ungerechtigkeiten. Die 44-Jährige ist bekannt aus Filmen wie „Manta, Manta“, sie hat zwei kleine Söhne. Rulands Lebensgefährte arbeitet als Unternehmensberater. Übers Elterngeld ist Ruland so erbost, dass sie Klage einreichen wird. Bis vors Bundesverfassungsgericht will sie ziehen, um die Sozialleistungen für Schauspielerinnen zu verbessern. Denn das Elterngeld bemisst sich nach den zwölf Monaten unmittelbar vor der Geburt.

Schauspielerinnen mit einem dicken Bauch werden aber selten engagiert und haben monatelang kein Einkommen. Unterm Strich stehen beim Elterngeld deshalb oftmals nur 300 Euro. „Es geht hier ja nicht nur um mich, die es vielleicht einfacher hat als andere“, sagt Ruland. „Ich kenne Kolleginnen, die müssen nach der Geburt des Kindes von ihrer Altersvorsorge leben.“

Und dann gibt es noch jene Paare, die das Elterngeld gar nicht so dringend nötig haben. Die es inzwischen eher als Lifestyle-Instrument sehen. Solche Paare nutzen die Monate in vielen Fällen dafür, endlich einmal mit dem Wohnmobil durch Kanada zu reisen oder mit Rucksack und Baby durch Thailand. Sachbücher mit Titeln wie „Abenteuer Elternzeit“ verkaufen sich gut. Eine schöne Sache für Gutverdiener, das Elterngeld. Sein eigentliches Ziel erreicht es offenbar noch nicht.

„Mit Geld werden wir die Gebärfreude wohl nicht steigern kön-

nen“, bekannte Ex-Regierungsberater und Wirtschaftswissenschaftler Bert Rürup. Rürup hat das Elterngeld miterfunden, das die damalige Familienministerin Ursula von der Leyen 2007 einführte.

Nur jeder vierte Vater stellt einen Antrag auf Elterngeld. Die meisten beschränken sich auf die beiden Partnermonate, die sie nehmen müssen, um die Förderphase maximal auszudehnen. Ihre Elternzeit legen viele Papas auch noch an das Ende des möglichen Förderzeitraums, also dann, wenn ihr etwa einjähriges Kind aus dem Gröbsten heraus ist. Nach einer großen Entlastung für die Mütter hört sich das nicht an.

Kritik am Elterngeld hagelt es von vielen Seiten. Zuletzt forderte FDP-Generalsekretär Christian Lindner, den Zuschuss ganz abzuschaffen. Es sei zum Besitzstand geworden, habe aber sein Ziel nicht erreicht, sagte er. Die Union hält am Elterngeld fest, das Betreuungsgeld soll demnächst noch obendrauf kommen.

Kritiker bezeichnen das Betreuungsgeld als „Herdprämie“, es setzt einen Anreiz dafür, dass Frauen ihre Kinder zu Hause betreuen – das traditionelle, eigentlich längst überkommene Modell. Doch in Deutschland ist es offenbar deutlich fester in den Köpfen verankert als anderswo, als in den Vorbildstaaten Frankreich, Schweden, Finnland, Norwegen.

Die Kasseler Soziologin Kerstin Jürgens spricht vom „deutschen Sozialmodell“. Bis weit in die neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts sah das vorherrschende Familienbild so aus: Der Mann verdiente das Geld, die Frau blieb zu Hause oder jobbte ein bisschen nebenbei, bis die Kinder von der Schule nach Hause kamen.

„Im Unterschied zu anderen europäischen Ländern wie Frankreich oder Schweden wurden Familie und Beruf als voneinander getrennte Sphären missverstanden“, sagt Jürgens. Familie und Beruf zu vereinbaren galt als privates und von den Frauen zu lösendes Problem.

Schöne Worte stoßen also auf schnöde Wirklichkeit. Denn auch die hiesigen Sozialsysteme begünstigen noch immer das traditionelle Familienbild. Hausfrauen sind über ihren Ehepartner krankenversichert, der wiederum profitiert von den Steuervorteilen des Ehegattensplittings. Umso größer sind die Nachteile für Familien, in denen beide arbeiten.

Das sind die politischen Fakten. Doch es gibt hierzulande auch ein Klima, das eine Weiterentwicklung des Familienbildes immer wieder zu lähmen scheint. Und es gibt in der Debatte um die Familie Eiferer, auf beiden Seiten.

MAJA HITIJ / DAPD / DDP IMAGES

„Schockierende Jahre in Baden-Württemberg“

Joy Denalane, 38, Sängerin

Marie Theres Kroetz-Relin, 45, stellt man normalerweise als die Tochter der Schauspielerin Maria Schell vor. Sie ist aber selbst Mutter von drei Kindern, inzwischen 22, 19 und 16 Jahre alt. Man könnte sagen, für die Kinder hat sie ihre eigene Schauspielkarriere aufgegeben, aber das kann sie nicht leiden. Sie sagt lieber: „Ich habe eine wunderbare Karriere als Hausfrau und Mutter gemacht!“

2002 hat sie die „Hausfrauenrevolution“ gegründet, ein Internetportal, auf dem sich gefrustete Hausfrauen ihren Ärger von der Seele schreiben konnten.

Kroetz-Relin kämpft für die angemessene Anerkennung der Hausfrau. Am liebsten würde sie es sehen, dass der Staat Hausfrauen auf 400-Euro-Basis anstellt, ihnen aber zumindest die Möglichkeit der Altersvorsorge bietet. „Wir müssten die Familienpolitik komplett auf den Kopf stellen“, fordert Kroetz-Relin.

Geld hat sie immer als Machtinstrument empfunden. 14 Jahre war sie mit dem Dramatiker Franz Xaver Kroetz verheiratet. Bis zur Hochzeit 1992 verdiente sie ihr eigenes Geld, bekam Filmpreise, „war absolut unabhängig“. Nach der Scheidung 2006 hatte sie zwar ihre Unabhängigkeit wieder, aber kein Einkommen mehr. „Eine Schauspielerin, die ein Kind kriegt, ist weg vom Fenster. Eine, die drei Kinder hat, wird gar nicht mehr gefragt.“

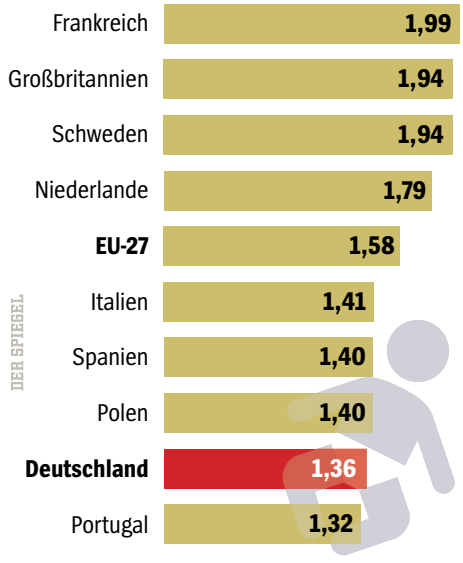
Wieder so ein Extrem, diesmal in Richtung Hausfrau und Mutter. Kristina Schröder, 34, weiß, wie hart die Diskussion in Deutschland geführt wird.

Mitte Mai saß sie in ihrem Berliner Büro, hochschwanger. Es waren nur noch wenige Tage, bevor ihr Mutterschutz begann. Über ihre persönliche Situation wollte sie nicht sprechen. Wie ihr Mann Ole und sie die Kindererziehung aufteilen wollen. Ob das Baby in die Kita soll oder ob es eine Spielecke im Ministerium geben wird. Das war ihr zu heikel. „Ich will kein bestimmtes Leitbild vorleben“, sagte sie. Das fliederfarbene Oberteil spannte über ihren Bauch, sie sah erschöpft aus. Die Mittagshitze machte der Ministerin im achten Monat zu schaffen.

Es gebe in Deutschland immer noch „eine extrem verkrampfte Debatte“. Gerade die Frauen stünden vor dem Problem: „Egal wie sie es machen, sie machen es falsch. Wenn eine Frau sich komplett auf ihre Kinder konzentriert, dann ist sie das Heimchen am Herd, wenn sie komplett berufstätig sein will, gilt sie als Egoistin“, sagte Schröder. Wenn eine Frau jedoch versuche, beides zu vereinbaren, „heißt es aus der einen Ecke Rabenmutter, aus der anderen Ecke Lattemacchiato-Mutter“.

Und vielleicht hat die Ministerin recht. Vielleicht ist es wie mit so vielen Problemen in diesem Land: ein bisschen weniger Schwere, ein bisschen mehr Leichtigkeit, ein bisschen weniger denken, ein bisschen mehr einfach tun. Vielleicht wäre Deutschland damit mehr geholfen als mit allem Geld der Welt. Benita Dill, Katrin Elger, Katharina Fuhrin, Christoph Hickmann, Christoph Schwennicke

Deutschland abgeschlagen

Kinder je Frau, 2009

Quellen: OECD, Eurostat